

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

6. – 12. Januar 2024

Premierministerin Elisabeth Borne reichte am 8. Januar den Rücktritt ihrer Regierung bei Staatspräsident Emmanuel Macron ein. Emmanuel Macron ernannte daraufhin am 9. Januar Gabriel Attal, den bisherigen Bildungsminister und Macronisten der ersten Stunde. Mit 34 Jahren wird Attal, der in Umfragen zuletzt als beliebtester Politiker der Franzosen genannt wurde und zuvor Macrons Regierungssprecher und Bildungsminister im Kabinett Borne war, der jüngste Premierminister der Fünften Republik.

Am 11. Januar wurden die ersten Namen der neuen Regierung veröffentlicht. Die politischen Schwergewichte Gérard Darmanin, Bruno Le Maire und Eric Dupont-Moretti behielten ihre politischen Ressorts (Inneres, Wirtschaft, Justiz). Für Überraschung sorgte die Nominierung von Rachida Dati als Ministerin für Kultur. Die Partei Les Républicains reagierte umgehend mit einem Parteiausschluss. Neuer Außenminister wird Stéphane Séjourné. Er war bislang Vorsitzender der liberalen Fraktion im EU-Parlament.

Der Verfassungsrat wird am 25. Januar über das Mitte Dezember verabschiedete umstrittene Einwanderungsgesetz entscheiden, wie sein Präsident Laurent Fabius am 8. Januar bei den Neujahrgrüßen der Institution an Emmanuel Macron ankündigte. Nach der Verabschiedung des Einwanderungsgesetzes durch die Paritätische Kommission aus Senat und Nationalversammlung hatte Emmanuel Macron selbst den Verfassungsrat angerufen, um die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes prüfen zu lassen.

Emmanuel Macron empfing am 8. Januar die Vertreter der Religionsgemeinschaften im Élysée-Palast, um ihnen seine Neujahrswünsche zu überbringen. In dem über einstündigen Gespräch kündigte Emmanuel Macron unter anderem zwei getrennte Texte zum Thema Lebensende an. Dies war eine Forderung der christlichen und jüdischen Vertreter: Während ursprünglich ein einziges Gesetz die Entwicklung der Palliativmedizin und den Text über Sterbehilfe zusammenfassen sollte, werden diese beiden Teile nun in zwei separate Gesetze aufgeteilt.

Frankreich wird „über die ersten sechs EPR-Kernkraftwerke hinaus gehen müssen“, um die zivile Atomindustrie wiederzubeleben, so die Ministerin für den Energiewandel (bis 8. Januar), Agnès Pannier-Runacher in einem Interview am 7. Januar. Seit der Rede in Belfort im Februar 2022, in der Emmanuel Macron die Wiederbelebung der Kernenergie festgeschrieben hatte, verfolgt die Regierung ein Programm von sechs neuen EPR-Reaktoren und acht optionalen Reaktoren. Die acht zusätzlichen Reaktoren sollen nun Teil des Gesetzentwurfs zur Energiesouveränität werden, der in einigen Wochen dem Ministerrat vorgelegt werden soll. Um in Frankreich den Anteil der fossilen Energien am Energiemix von über 60 % auf 40 % im Jahr 2035 zu senken, müssen nach 2026 zusätzliche Baumaßnahmen im Umfang von 13 Gigawatt in Angriff genommen werden.

Das nordfranzösische Departement Pas-de-Calais ist von einer zweiten Hochwasserserie betroffen. Staatspräsident Emmanuel Macron forderte die Regierung auf, die Katastrophenhilfe zu beschleunigen. Der neue Premierminister Gabriel Attal trat am 10. Januar zu seiner ersten offiziellen Reise ins Departement ein. Nachdem er die Behörden, darunter die Feuerwehr, begrüßt hatte, tauschte er sich mit geschädigten Bewohnern der Gemeinde Clairmarais in der Nähe der Unterpräfektur Saint-Omer aus, die nach einem Jahrhunderthochwasser Anfang des Jahres von heftigen Überschwemmungen heimgesucht wurden.

Paris fordert die „unverzügliche“ Freilassung eines Franzosen, der in Aserbaidschan wegen „Spionage“ verhaftet wurde. Die aserbaidsschische Botschafterin in Paris gab am 9. Januar bekannt, dass ein französischer Staatsbürger am 4. Dezember festgenommen wurde. Er muss mindestens vier Monate in Haft bleiben. Die Beziehungen zwischen Paris und Baku sind angespannt. Der aserbaidsschische Präsident Ilham Aliyev wirft Frankreich vor, Armenien in dem Konflikt zwischen Eriwan und Baku zu unterstützen. Im November hatte er Paris beschuldigt, durch die „Aufrüstung Armeniens „den Boden für einen neuen Krieg“ im Kaukasus zu bereiten, nachdem bekannt geworden war, dass Armenien französische Ausrüstung für seine Boden-Luft-Abwehr gekauft hat.

Staatspräsident Emmanuel Macron wird nächste Woche in Davos erwartet, bestätigte das Weltwirtschaftsforum. Der französische Präsident, der seit 2018 nicht mehr am Weltwirtschaftsforum teilgenommen hat, soll an dem Treffen der Topmanager und Regierungschefs aus aller Welt in dem Schweizer Alpenort teilnehmen. Insgesamt werden rund 60 Staats- und Regierungschefs erwartet.

Emmanuel Macron wird Ende Januar nach Schweden reisen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu stärken, wie Schweden und Frankreich bekannt gaben. Der Besuch war Mitte Oktober nach den dschihadistischen Anschlägen in Brüssel verschoben worden. Der französische Präsident wird am 30. und 31. Januar 2024 mit seiner Frau Brigitte Macron auf Einladung des Königs Carl XVI. Gustaf in das skandinavische Land reisen, wie das schwedische Außenministerium und der Élysée-Palast mitteilten. Macron wird seine Tour in Stockholm beginnen und sie in Skåne im Süden des Landes beenden. Stockholm und Paris pflegen seit 2017 eine "strategische Partnerschaft" zu grünen Innovationen und Lösungen sowie "enge Beziehungen" in den Bereichen Verteidigung, Handel und Investitionen.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Laurent Wauquiez fordert den Rücktritt von Pierre Moscovici.

Nachdem der Vorsitzende des Rechnungshofes Pierre Moscovici die Veröffentlichung des Berichts zur Einwanderung verschoben hat, ist der Präsident der Region Auvergne-Rhône-Alpes Laurent Wauquiez der Ansicht, dass es sich dabei um einen „schwerwiegenden Verstoß gegen die Demokratie“ handelt. Moscovici rechtfertigte die Verschiebung damit, dass er „kein Öl in das Debattenfeuer rund um die Reform des Einwanderungsgesetzes“ habe gießen wollen.

DIE ZAHL DER WOCHE

Der Anstieg der Verbraucherpreise in Frankreich betrug im Jahresdurchschnitt 2023 4,9% und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr (5,2%) leicht verlangsamt, wie das Nationale Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien (Insee) am Freitag, den 12. Januar, bekannt gab.

Im vergangenen Jahr wurde der Anstieg der Lebensmittelpreise (6,9 % im Jahr 2023 für Lebensmittel ohne Frischwaren, gegenüber 7,9 % im Jahr 2022) durch die niedrigeren Energiepreise (insbesondere Gas und Öl) kompensiert.

3	8	4	7
5	0	6	5
7	4	3	1
9	8	2	0
2	0	1	6
2	0	1	6